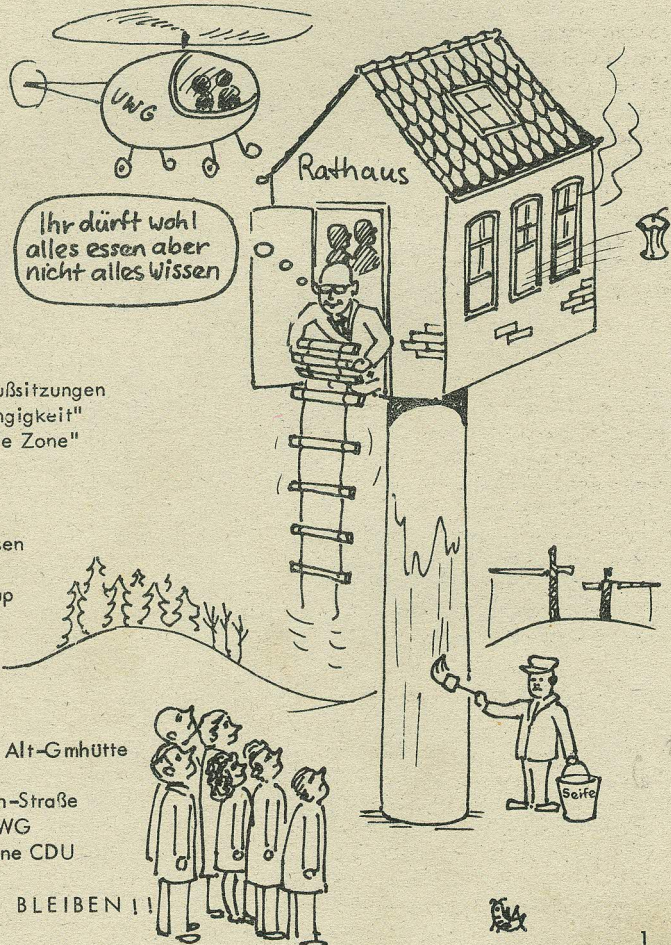


Nachrichten

Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte



INHALT

- 2 (Nicht)öffentliche Ausschusssitzungen
- 2 Zum Thema "Alkoholabhängigkeit"
- 3 Initiative "Atomwaffenfreie Zone"
- 4 Tag der Umwelt
- 5 Frederiks Hoff
- 5 Klöcknerhäuser
- 5 Berichte aus den Ausschüssen
- 6 Ausschüßtermine
- 6 Neues aus Holsten Mündrup
- 7 Dies und das
- 8 Kurznachrichten
- 8 Impressum
- 9 Baugebiet Teckelhagen
- 9 DÜteausbau
- 9 Neues Einkaufszentrum in Alt-Gmhütte
- 10 Verkehrsberuhigung
- 10 Verlegung der Von-Galen-Straße
- 11 Klausurwochenende der UWG
- 11 Nachrüstungsdiskussion ohne CDU
- 12 Bäume erzählen
- 12 DIE HÜTTE MUSS BLEIBEN !!

- Ausschußsitzungen bald wieder hinter geschlossenen Türen? -

Im Sommerloch war in der NOZ eine Meldung aus G. M. Hütte zu lesen, die jedem interessierten Bürger den Hut hochgehen lassen muß: Danach macht sich der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSTGB) dafür stark, die Sitzungen der Ratsausschüsse künftig wieder generell nichtöffentlich abzuhalten. Dazu muß man wissen, daß Bürgermeister Siepelmeier und Stadtdirektor Rolfes im NSTGB nicht ohne Einfluß sind. Und obwohl dem nds. Innenminister inzwischen ein "Erfahrungsbericht" übermittelt wurde, haben weder Bürgermeister noch Stadtdirektor in den vergangenen Jahren im Rat hierzu ein Meinungsbild herbeigeführt. Bisher ist von der G. M. Hütte-CDU-Fraktion noch keine Kritik an den Plänen des NSTGB geäußert worden, man darf zumindestens auf Duldung schließen. Pikant wirkt insbesondere, daß trotz der Beschwörungen von Bürgerfreundlichkeit, die a'lenthalben zu hören sind, die Initiatoren ihr Vorhaben nicht auf den Wagen ihrer Partei, sondern auf den relativ anonymen Wagen des NSTGB heben. Die UWG wird der generellen Schließung der Ausschüsse jedenfalls auf gar keinen Fall zustimmen und sich weiterhin für bessere Bürgerbeteiligung und -information einsetzen.

Heinrich Bartelt

Am 8. April folgte ich einer Einladung der Landvolkhochschule in Oesede, wo ein Wochen-seminar unter dem Thema "Sucht und Gesellschaft" durchgeführt wurde. Vertreter von Parteien, der Gewerkschaft und einer Brauerei stellten sich den Fragen der Seminarteilnehmer. Diese waren in der Mehrzahl "Betroffene", d.h. trockene Alkohliker und deren Angehörige. So wurde dann auch hauptsächlich das Alkoholproblem angesprochen.

Ich legte dar, daß meine Einstellung zum (gegen) Alkohol aus langjährigen Erfahrungen im privaten und beruflichen Bereich gewachsen ist. Zunächst werde das Problem "Alkohlabhängigkeit" zwar durch eine persönliche Komponente ausgelöst, dahin führten jedoch heutzutage viele Wege von Kindheit an. Schon die "Hausbar" im Wohnzimmerkrank sei eine Versuchung für Kinder und dauernde Gelegenheit für Erwachsene. Schulnahe Verkaufsstellen, die es mit dem Jugendschutz nicht so eng

sehen, werden für Heranwachsende oft zum Verhängnis. Eltern sollten mehr Mut aufbringen, auf die Gefahren hinzuweisen und den Jugendschutz durchzusetzen. Aus dem Plenum tauchte die Frage auf, ob in Jugendzentren unbedingt -weil ja über 16 und 18 Jahre alte Jugendliche dort verkehren- Alkohol (Bier) verkauft werden müßte. Dazu vertrat ich die Meinung, daß in diesen Einrichtungen, auch in kirchlichen Jugendheimen, keine alkoholischen Getränke ausgegeben werden sollen. Bei einigen Stunden Aufenthalt in diesen Räumen sollten auch 16-18-jährige darauf verzichten können, um die Jüngeren nicht zu gefährden. Leider, so wurde auch von den Seminarteilnehmern zugestimmt, werde Alkoholgenuß zu oft als Zeichen von Männlichkeit, Erwachsensein und Gleichberechtigung hingestellt. Unter diesem Aspekt bringen selbst Erwachsene oft nicht den Mut auf, Alkohol abzulehnen. Eine Teilnehmerin wies darauf hin, daß persönliche Konflikte und Streß heute vermehrt Menschen zu dieser "Droge Nr. 1" greifen lassen. Das ist nicht von der Hand zu weisen.

Von den Seminarteilnehmern wurde beklagt, daß der Alkoholranke allgemein der Verachtung und Verständnislosigkeit preisgegeben ist, wenn er erst einmal "unten" ist.

Meine Versicherung, daß ich die Arbeit der Selbsthilfegruppen sehr hoch einschätze und das ich mich gegebenenfalls im Sozialausschuß der Stadt GMHütte für diese Arbeit einsetzen werde, wurde mit Beifall aufgenommen. In der Pause und nach Beendigung der Diskussion ergaben sich noch kurze persönliche Gespräche.

Angela Niemeyer

"Was haben die Verwaltung und eine Jeans gemeinsam?
An allen entscheidenden Stellen sitzen Nieten!"
gehört in NDR II "Clubspruch des Tages" vom 23.8.1983



-Ein nachdenklich stimmendes Bekenntnis-

Für Frieden und gegen (Atom) Rüstung

Am Ostertag, nach dem Festhochamt, habe ich mich dem Ostermarsch angeschlossen. Ich fand, daß das gut zur Osterbotschaft paßte, denn "Der Friede sei mit euch" und "Fürchtet euch nicht" sind Grußworte des Auferstandenen. Schon als Anfang März der Weltgebetstag der Frauen uns in der Klosterkirche in Ohrbeck zusammenführte, fand ich in dem Gebetszettel auf der zweiten Seite eine ermutigende Notiz: "In Wales haben Weltgebetstagsfrauen wesentlich dazu beigetragen, daß alle Städte und Gemeinden ihr Gebiet zur atomwaffenfreien Zone erklärten".

Es waren wenig Teilnehmer aus meiner Generation dabei. Die "vernünftigen" Leute mögen gelächelt oder gelästert haben, das stört mich nicht. Ich habe mich gefragt, was die Leute wissen und ob sie sich Gedanken machen über den Sinn dieser Demonstration. "Das bringt doch gar nichts" - "Das nutzt nichts" - "Wir kommen gegen die da oben doch nicht an" waren die Redewendungen, wenn ich das Thema vorher mal mit Bekannten diskutierte. Obwohl es schon Gemeinden gibt, die die Bezeichnung "Atomwaffenfreie Zone" für sich in Anspruch nehmen, wurde in "die niedersächsische Gemeinde", Monatsschrift für die kommunale Selbstverwaltung, darüber geschrieben, daß diese Kommunen ihre Kompetenzen überschreiten, denn das sei ein Bereich, über den ganz allein die Bundesregierung zu entscheiden hätte. - Ich will aber nicht tauglos auf diese Entscheidung warten. Noch habe ich nicht vergessen, wer von meinen Spiel-, Schul- und Jugendkameradinnen und -kameraden durch Krieg, Bomben und Hunger ein frühes Ende fand. Ihre Gesichter schauen mich aus alten Fotos an; an einigen Gräbern gehe ich manchmal noch vorbei. Friedhöfe mit tausenden von Kreuzen sind bei mir unauslöschliche "Urlaubserinnerungen" geworden.

Es wird soviel für Krieg und Vernichtung in der Welt aufgeboten, warum sollen dagegen nicht Zeichen gesetzt werden? Ich geniere mich nicht, bei solchen Demonstrationen meine Meinung kundzutun, nicht weil ich grün oder "rot" bin, sondern weil ich Christ bin.

Angela Niemeyer Ludwig-Wolker-Str. 11
4504 G.M.Hütte, im Mai 1983

Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“:



ATOMWAFFENFREIE ZONE
GEORGS-MARIENHÜTTE ?

Seit Ende letzten Jahres gibt es in G. M. Hütte eine Initiative "Atomwaffenfreie Zone", an der neben der UWG die Kath. Junge Gemeinde Kloster-Oesede, der Friedenskotten, die Grünen, die G. M. Hütter Friedensinitiative, die Jusos und der Dritte-Welt-Laden beteiligt sind.

Diese Initiative hat im Frühjahr mit großem Erfolg den 1. G. M. Hütter Ostermarsch veranstaltet und sammelt nun Unterschriften für einen Bürgerantrag, mit dem die Stadt G. M. Hütte sich zur "Atomwaffenfreien Zone" erklären soll. Ähnliche Beschlüsse gibt es bereits in vielen Städten der Bundesrepublik -vor wenigen Wochen faßte z. B. der Rat der Stadt Bielefeld einen solchen Beschluß- aber auch in Städten und Gemeinden in Holland, Belgien, Italien, Großbritannien und den USA. Ein derartiger Beschluß wäre nach Ansicht der Initiative in erster Linie ein "Symbol für den Friedenswillen der Bürger der Stadt Georgsmarienhütte" und ein Zeichen dafür, daß die sogenannten "kleinen Leute" genug haben von der tödlichen Aufrüstungsspirale.

Damit der Antrag im Rat überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt und behandelt wird, muß er von 4% der Bürger unterschrieben worden sein; in G. M. Hütte entsprechen diesen 4% etwa 1250 Menschen, die aber alle wahlberechtigt sein müssen. In den vergangenen 6-8 Wochen sind in Haussammlungen und auf dem Wochenmarkt gut 1000 Unterschriften gesammelt worden, es fehlen also noch ein paar. Wer noch unterschreiben will, kann das in den nächsten Wochen noch an unserem Informationsstand am Freitagnachmittag auf dem Oeseder Wochenmarkt tun oder sich direkt an die Initiative wenden. Hier die Adresse:

Initiativkreis "Atomwaffenfreie Zone"
Feuerstätte 15

4504 Georgsmarienhütte

aus alt mach neu



Recycling

1. Umwelttag in G.M.Hütte

Auf den ersten Umwelttag in dieser Stadt hatte sich die UWG gut vorbereitet. Sie präsentierte eine informative Recycling-Ausstellung vom Umweltbundesamt in Berlin. Hier wurde bewußt gemacht, daß die Einwegmentalität zu Ende ist.

Die Verschwendung von Rohstoffen und Energie, verbunden mit enormen Umweltbelastungen, können wir uns nicht mehr länger leisten. Wie ein alternativer Weg zu beschreiten ist, wurde hier sehr anschaulich aufgezeigt.

Neben dieser Ausstellung hatte die UWG eine Fotowand mit Beispielen aus unserem Stadtgebiet zusammengestellt, wie der Umweltschutz im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen getreten wurde. Was fällt Ihnen zum Umweltschutz in G. M. Hütte ein?

Jeder Besucher, der eine Antwort auf eine Wandzeitung schrieb, erhielt ein Bäumchen.

Weitere interessante Themen stellten andere Verbände und Gruppen vor. Diese sind aber in der örtlichen Presse bereits ausführlich genannt worden (Die UWG wurde gar nicht erwähnt).

Nur die nach eigener Wahlaussage größte Umweltpartei war diesmal nicht vertreten. Sollte der CDU zu diesem Thema denn wirklich nichts eingefallen sein?

Es reicht nicht, auf den hoffentlich zweiten Umwelttag in unserer Stadt zu warten... denn jeder Tag ist Umwelttag!

Dieter Görbing

Sprüche vom Tag der Umwelt ...

(gesammelt auf unserer Wandzeitung)

Ein Motorrad steht am Straßenrand und wartet mit laufendem Motor darauf, daß sein Fahrer wiederkommt. Nichts da! Nach ca. einer halben Stunde läßt sich dieser blicken. Passanten sind empört, sagen aber nichts.

Das Argument für die Begrädnung (der Flüsse d.Red.), mehr Land müsse entwässert und landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden, zählt nicht: Es herrscht sowiso schon landwirtschaftliche Überproduktion in der EG!
Was ist wichtiger?
1000 Kg mehr Kartoffeln oder die Erhaltung der letzten Feuchtgebiete?

Der unnötige Bau der A 33!

Im Hakeneschfeld hätte man sich ruhig ein paar Straßen sparen können, denn diese große Fläche wird und kann nicht von allen Autos benutzt werden. Auch von einem Luftbild aus kann man dies erkennen.

Erst wenn der letzte Baum gerodet,
der letzte Fisch gefangen,
der letzte Fluß vergiftet,
werdet ihr feststellen, daß man Geld nicht essen kann!

Vom Tannenkamp aus regelmäßig an heißen Sommertagen zu sehen: Eine schöne gelb-orangefarbene Dunstglocke über der City.
Vom Schulzentrum immer wieder beobachtet: Rotbrauner Qualm aus allen Ecken und Winkeln der KS-Anlage. Bei Westwind wird das Zeug ins flache Land geblasen und dort unauffällig verteilt, während es bei Ostwind gegen Tannenkamp und Findelstätte getrieben wird und sich dort staut.

PS: Nur deshalb ist Hagen (noch) Luftkurort!

Die CDU in Georgsmarienhütte ist nicht einmal fähig, zu der Umweltschau in Form eines Standes einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten!

Wenn ich wüßte, das morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Bäumchen pflanzen!

--- Kurznachrichten ---

Eigener Brunnen - aber kein eigenes Wasser?

Seit der Einführung der zentralen kommunalen Wasserversorgung liegen viele Brunnen still; so will es jedenfalls der Anschluß- und Benutzungszwang der G. M. Hütte Wasserversorgungssatzung. Mit ca. 700.000 m³ jährlich bezieht G. M. Hütte etwa die Hälfte des Eigenbedarfs durch den Wasserbeschaffungsverband Osnabrück-Süd aus der Glandorfer Heide. Von dort mehren sich die kritischen Stimmen aufgrund eingetretener Flur- und Waldschäden durch die zentrale Wasserentnahme. Bisige Entschädigungssummen müssen bereits an die betroffenen Landwirte bezahlt werden. Von dem idealen Verlust an zerstörter Natur ganz zu schweigen. Auf der anderen Seite gibt es viele Gmhütter Bürger, die, obwohl sie an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen sind, gern ihr eigenes, geschmacklich besseres Wasser weiterbenutzen möchten. Wenn dies in hygienisch einwandfreier Weise stattfindet - was spricht dann eigentlich dagegen? Die UWG hat hierzu im Werksausschuß die Forderung aufgestellt, den Benutzungszwang zu lockern. CDU und SPD beraten darüber zur Zeit.

Verkehrinsel: Noch kein Land in Sicht...

"Richtlinien hin und her - die Ampel werden wir voll unterstützen", so hatte CDU-Sprecher Lunte noch kurz vor Weihnachten 1981 versprochen. Ein entsprechender Antrag wurde im Rat einstimmig angenommen. Stadtdirektor Rolfes aber schmeckte die Sache nicht. Und nach eineinhalb Jahren hin und her unter den ständigen Bürokratien kam dann heraus: Ampeln njet! Am 17.3. wollte die SPD denselben Antrag noch einmal mit Nachdruck vor den Rat bringen. Sie ließ sich aber von Herrn Rolfes einwickeln zu einer faktischen Abschwächung ihrer Forderung nach der Ampel bei Heuer. Über den schriftlich vorgebrachten Antrag der UWG, auf der Anordnung der Ampel zu bestehen, ließ der Bürgermeister eigenmächtig nicht abstimmen. Es ist in Gmhütte eben doch ein feiner Unterschied, wer Anträge einbringt. Trotz dieses formalen Fehlers waren CDU und SPD dem Bürgermeister innerlich sicher dankbar, ihnen die Blamage erspart zu haben, nach einem Jahr über dieselbe Sache unterschiedlich abzustimmen.

Einer Meinung waren sich alle Parteien am 17.3., als Sofortmaßnahme beim Landkreis die Einengung der Wellendorferstraße ggf. mit einer Verkehrsinsel bei Heuer zu beantragen. Nach einem halben Jahr ist allerdings auch noch hier kein Land in Sicht...

Fahrräder in der Hindenburgstraße nicht gern gesehen?

Bei den Beratungen um den Ausbau der Hindenburgstraße -zweiter Abschnitt- gab es einen Minderheitenantrag quer durch die Fraktionen, an der Ostseite auch einen Radweg anzulegen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt, obwohl sie im unteren Bereich zumindestens der planerischen Berücksichtigung eines Radweges zugestimmt hatte. Begründung im zweiten Abschnitt: Die Gärten der Anwohner sollten nicht in Anspruch genommen werden. Zwei Wochen später gelangte der Ausschuß zu der (vorläufigen) Auffassung, daß die Gärten auf der Ostseite teilweise zur Anlegung einer zusätzlichen Parkspur in Anspruch genommen werden sollten. Ergo: Platz für Autos ja, für Fahrräder wieder einmal nein!

UWG - Nachrichten
Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:

UWG - Nachrichten
c/o Jürgen Heinze
Am Wiesenbach 14

4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 9.000

Namentlich unterzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 11. September 1983

Berichte aus den Ausschüssen

1. Planungsausschuß

Letzte Hand angelegt wird derzeit an die Bebauungspläne "Am Zuckerhut" mit ca. 30 Bauplätzen (UWG: ja), Gewerbegebiet "Im Hehelande" (UWG: ja) und "Am Möllersfeld"/Frederiks Hoff (UWG: nein). Weiter im Verfahren sind u.a. die Pläne "Oesede: Esch" (Ostteil UWG: nein; Westteil UWG: ja) mit ca. 130 und "Auf der Hohen Linde" mit 73 Bauplätzen (UWG: nein).

Ein schon seit langem geplantes Gespräch mit allen Döteanliegern wurde von der Verwaltung bisher noch nicht organisiert. Andiskutiert wurde die Frage eines Isolierschlachthauses in Malbergen.

2. Bauausschuß

Beraten wird derzeit über die Verlegung der von Galen Straße bis Baile (UWG: nein), die Aufstellung einer Ampel an der Kreuzung Schauenroth/Stadtring (UWG: ja), den Erhalt der Birken an der Hindenburgstraße (UWG: ja) sowie die Straßenausbaubeherrschungsatzung nach dem niedersächsischen Kommunal-Abgabengesetz. Gegen den Willen der UWG wurden die Punkte "Straßenbeleuchtung" und "Sanierungsvorhaben Alt G. M. Hütte" in nicht-öffentlicher Sitzung beraten.

3. Verwaltungsausschuß

Aufgrund der UWG-Kritik an Ludwig Siepel-Meyer wegen dessen Nichttrennung seiner privaten Interessen (Anwalt/Notar) und seiner öffentlichen Aufgaben als Bürgermeister bei einigen Bauangelegenheiten hat die CDU angekündigt, sie werde künftig Redebeteiligungen der UWG nicht mehr beachten.

4. Kulturausschuß

Erhöhung der Volkshochschulgebühren (UWG: nein), Zuschuß zum Rockfestival (UWG: ja) und die Frage der Weitermitgliedschaft von G. M. Hütte in der Kreismusikschule sind neben Zuschüssen zu kulturellen Veranstaltungen einige Beratungspunkte. Aufgrund von landesweiten Protesten wird das vorgeschlagene Baudenkmalverzeichnis zunächst nicht weiter behandelt. Ausgangspunkt der weiteren Beratungen wird demnächst aber voraussichtlich wiederum der Vorschlag der Denkmalbehörde sein.

Ausschußtermine (Änderungen möglich)

3.10.	Finanzausschuß
5.10.	Umweltausschuß
10.10.	Finanzausschuß
17.10.	Planungsausschuß
19.10.	öffentliche Ratssitzung
24.10.	Schulausschuß
25.10.	Bauausschuß
7.11.	Jugend und Sport
9.11.	Planungsausschuß
14.11.	Finanzausschuß
21.11.	Finanzausschuß
23.11.	Bauausschuß
23.11.	Sozialausschuß
30.11.	Werksausschuß
5.12.	Planungsausschuß
7.12.	Umweltausschuß
12.12.	Bauausschuß
14.12.	öffentliche Ratssitzung

Neues aus Holsten Mündrup

1. Radweg B 68

Bereits zweimal ohne Ergebnis wurde im Planungsausschuß die Forderung der UWG behandelt, zwischen Hardeberg/Brüsseler Straße und Steiniger Turm an der Südseite einen Rad-/Fußweg anzulegen. Insbesondere zwischen Königsbachsiedlung und Laubbrink ist die Benutzung der B 68 für die "schwachen" Verkehrsteilnehmer sehr gefährlich. Nun ist ein Gespräch zwischen Ratsvertretern und Straßenbauamt anberaumt worden; nach dem Willen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Tegeler aber ohne Vertreter der UWG, die die Sache überhaupt angefaßt hatte. Das verstehe, wer will...

2. Einmündung Holster Str. / B 68

Für Autos und noch schwerer für Radfahrer war es bisher, aus Richtung Hardeberg kommend nach links in die Holster Straße einzubiegen. Mittlerweile sind einige Pfeile auf der B 68 aufgebracht worden. Ein kürzlich geschehener Unfall zeigte allerdings, daß die Pfeile mindestens ab der Einmündung Ellerkamp aufgebracht werden müßten, damit sie rechtzeitig erkennbar sind. Sehr vorteilhaft wäre es, wenn zusätzlich über der Fahrbahn Peitschenhalter mit Warntafeln aufgestellt würden, ähnlich wie an der Wellendorfer Straße.

3. Schülerwartehalle im Mündrup/Mittelheide

Auf Initiative der UWG war es im Frühjahr gelungen, 6000 DM zusätzlich für die Haltestelle im Mündrup unterzubekommen. Auf mehrfache Anfragen bei der Verwaltung, warum sich der Austausch des alten gegen den neuen Unterstand solange hinzöge, kam die Antwort, die Grundstücksverhandlungen seien noch nicht beendet. Ein Anruf beim Grundeigentümer ergab, daß sich aber noch niemand bei ihm gemeldet habe. (!). Dann plötzlich hieß es aus einer anderen Abteilung der Stadtverwaltung, daß für die Halle keine Mittel mehr bereit ständen. Nach einigen Gesprächen der UWG mit der Stadt und der Stadt mit dem Eigentümer stand schließlich fest, daß zwar Geld da sei, doch der Grundeigentümer nicht bereit sei, das Häuschen weiter auf seinem Grund zu dulden. In dieser Situation handelte die Verwaltung sehr schnell und fand wenige Meter weiter einen Landwirt, der bereit ist, die Halle kostenlos (!) auf seinem Grund zu platzieren.

4. Geschwindigkeitsbeschränkung Friesenweg/Hunnenkuhle

Nach Auskunft von Anwohnern werden hier ständig überhöhte Geschwindigkeiten gefahren (erlaubt sind 100 Km/h). Eine Kontrolle konnte dies Ergebnis nicht bestätigen, weil der Polizeiwagen weithin sichtbar war. Nach Auffassung der UWG müßte es doch möglich sein, wie an der Mittelheide und bei Wehming entweder ein Orts- oder ein Geschwindigkeitsbeschränkungsschild aufzustellen, um die dicht an der Straße wohnenden Menschen vor Unfällen zu schützen.

Was und Das

Umweltschutz im Rathaus?

Im Gmhütter Rathaus sucht man in den Büros bisher vergeblich nach dem grauen Umweltschutzpapier, auf dem diese Zeitung gedruckt ist - warum eigentlich? Das UWS-Papier ist derzeit das billigste auf dem Markt. Also: Ein Beitrag zur Schonung der Wälder, der gleichzeitig Geld spart. Vielleicht würde sich das Emblem der "Stadt im Grünen" auf UWS-Papier viel besser machen. Farbpsychologen wollen jedenfalls festgestellt haben, daß der weiche schwarz-grau-Kontrast den Menschen angenehmer ist als der harte schwarz-weiße...

Indiskretionen...

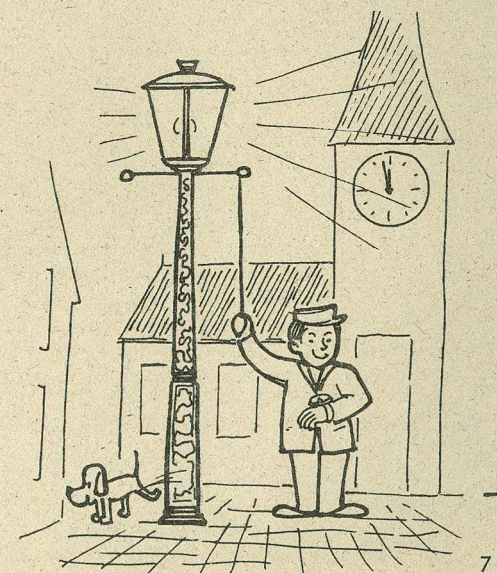
Nicht nur einmal wurde der UWG von seiten der G. M. Hütte CDU der Vorwurf gemacht, die UWG gebe vertrauliche Informationen weiter. Interessant, was F. J. Strauß (CSU) am 18.7.83 hierzu in der Frankfurter Rundschau sagte: "Vielleicht darf ich schüchtern anmerken, daß selbst in kleinen Gremien der Union das Mindestmaß an staatspolitischer Diskretion verlorengegangen ist..."

Kleingärten

Auf die öffentliche Befragung haben sich über 40 Kleingarteninteressenten gemeldet. Die Verwaltung hat bereits mögliche Standorte für die Anlagen (je 300-400 qm) vorgeschlagen. Nach Auffassung der UWG sollte es aber nicht zu einer zentralen Anlage kommen, sondern zu mehreren kleinen in den verschiedenen Stadtteilen. Für Interessenten an lediglich Gartenland müßte es die Möglichkeit zum Verzicht auf die relativ teure Laube (ca. 6 - 8000 DM) geben.

Licht aus - nein danke?

Die Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der gesamten Stadt zwischen 24.00 und 5.00 Uhr hat viel Zustimmung und ebenso viel Ablehnung gefunden. Die Investitionen für neue Schaltuhren kosteten ca. 60.000 DM, erspart werden können dadurch von den jährlich 437.000 DM Stromkosten 124.000 DM.



Frederiks Hoff auf Möllershof?

Wie schon in unserer letzten Ausgabe berichtet, wurde den G. M. Hütte'n das Projekt von Herrn Heade auf merkwürdige Weise nahegebracht. Erst das große Schweigen und dann Hauruck! Am 9.5. wurde der Plan gleich durch drei Sitzungen hindurchgepöpselt: Planungs-, Verwaltungsausschuß und Ratssondersitzung! Trotz dieses Verfahrens, das gar nicht so recht zu der Zusage der CDU nach mehr Bürgerbeteiligung passen will, hatte sich die UWG unter den folgenden Bedingungen für das Projekt Heade ausgesprochen:

1. Der Rat wird ausführlich über das Vorhaben informiert.
2. Mit dem Grundstückseigentümer und dem Käufer werden keine Nebenabreden getroffen, Verkauf und Veranlagung erfolgen nach den gültigen Richtlinien
3. Das Kongreßhotel wird naturräumlich in die bestehende Umgebung eingebunden, der Feuchtwald östlich des Mühlenteiches bleibt erhalten, der Oberflächenwassermehrabfluß wird schadlos abgeleitet
4. Das Möllersche Hofgebäude bleibt in der jetzigen Form erhalten.

Wir waren zwar der Auffassung, daß Frederiks Hoff von seinen Ausmaßen her nicht zu G. M. Hütte paßt. Für uns wog aber schwerer, daß hier ca. 50 Arbeitsplätze geschaffen werden sollten in einem vergleichbar sauberen Gewerbe. Eine entsprechende Kapazität im produzierenden Gewerbe würde sicherlich stärkere Emissionen verursachen.

Nach der ersten Bürgeranhörung aber wendete sich das Blatt: Plötzlich standen Nebenabmachungen im Raum, wonach der Eigentümer Spiegelburg ein weiteres Wohnhaus und den Ausbau des Möllerschen Hofes (Appartements, Büros u.ä.) im jetzigen Außenbereich zugestanden bekommen sollte. Und dies, obwohl der Hotelbetreiber sehr daran interessiert war, den gesamten Hof mitzuerwerben, um den heutigen ländlichen Charakter zu wahren.

Dies lehnte Spiegelburg aber allein aus mit der Höfeordnung zusammenhängenden Gründen ab. Die Stadt verfuhr daraufhin aber nicht nach der Devise: Entweder-oder, sondern stimmte dem privaten Ansinnen zu. Daß hier keine klare Linie gefahren wurde, hängt nach Meinung der UWG mit der Doppelrolle von Ludwig Siepelmeyer als gleichzeitigem Beauf-

tragten des Grundeigentümers zusammen. Nachdem die UWG dies im VA zur Sprache gebracht hatte, nahm Siepelmeyer im Rat am 13. Juni - im Gegensatz zu seinem Verhalten am 9. Mai - an der Abstimmung zu Frederiks Hoff nicht teil.

Wir verurteilen es aufs schärfste, hier einem Grundeigentümer, der wie kaum ein anderer von der Stadtwerdung Gmhüttes profitiert hat, noch einmal das private Säckel ganz weit aufzuhalten. Alternativ hätte Frederiks Hoff auch auf dem zunächst für die Mehrzweckhalle vorgesehenen Grundstück realisiert werden können. Im übrigen sind für meine Begriffe die Ratsmitglieder noch immer nicht über zentrale Fragen im Zusammenhang mit dem Projekt informiert worden. Auch gibt es noch keine Auskunft darüber, ob eine ordnungsgemäße Oberflächenentwässerung gesichert ist.

Die UWG-Mitglieder haben beschlossen, durch ein "Ja" zur Flächennutzungsplanänderung zwar die positive Grundeinstellung zum Vorhaben Heade zu signalisieren, aber unter den aufgezeigten Randbedingungen dem Bebauungsplan nicht mehr zuzustimmen.

Heinrich Bartelt

Neue Hoffnung für die Klöcknerhäuser

In der letzten Ausgabe der UWG-Nachrichten berichteten wir ausführlich über einen möglicherweise geplanten Abriß der vier Klöcknerhäuser unterhalb des ehemaligen kaiserlichen Postamtes (abgerissen). In der darauffolgenden Planungsausschußsitzung erfolgte mit knapper Mehrheit der Beschluß, die Stadt möchte öffentlich nach Kaufinteressenten suchen. Nach heißen Diskussionen machte die Stadt dann aber wieder einen Schritt zurück und beschloß, daß die wirksame Abrißfestsetzung zunächst nicht verwirklicht werden soll. Nach Auffassung der UWG muß es weiterhin Ziel sein, dieses architektonisch so interessante Häuserensemble zu erhalten und möglichst unter Denkmalschutz zu stellen. An privaten Interessenten dürfte es nicht mangeln.

Teckelhagen: Der Rat sagte ja!

Was viele Naturfreunde jahrelang gehofft, erwies sich als Luftblase: Der Rat beschloß kurz vor der Sommerpause mit 19:15, die Flächen am Teckelhagen einer Bebauung zuzuführen (ca. 40 Grundstücke). Bei der Abstimmung fehlten auf Seiten der CDU die beiden Ratsmitglieder, von denen man sich am ersten eine nein-Stimme oder eine Enthaltung erwarten durfte. In einer langen Rede wies UWG-Ratsherr Bartelt nach, daß im Laufe des Bebauungsplanverfahrens mindestens 15 Unregelmäßigkeiten "passierten" (u.a. die Doppelrolle des Bürgermeisters beim Planwerk und als Vertreter der Stadt; die Drohung mit Regreßansprüchen im Falle der Nichtbebauung; die falsche Wiedergabe der Aussage des Naturschutzbeauftragten; die Fertigung eines zweiten Grünordnungsplanes, nachdem der erste nicht das "passende" Ergebnis brachte; die mangelnde Berücksichtigung der öffentlich vorgebrachten Bedenken; die nicht objektive Wiedergabe von Sitzungsverläufen in den Protokollen; die mangelnde Einbeziehung der Aussagen der Träger öffentlicher Belange usw.). Die mit der Mühe um sachliche Darstellung vorgebrachten Einzelheiten wurden von der CDU-Fraktion in keinem Punkt wiederlegt. Dazu wurde nicht einmal der Versuch unternommen. Als Antwort hatte Ratsherr Schmigelski nur eine halbstündige Laudatio auf die Leistungen von Ludwig Siepelmeyer parat.

Einige von Bartelt ausdrücklich schriftlich zu Protokoll erbetene Äußerungen fehlen (wieder einmal) in der Niederschrift. So etwas gibt es bei Protokollwünschen der CDU nicht. Erfolgreich nur, daß ein Anlieger des Teckelhagens sich entschlossen hat, gegen den Bebauungsplan Klage zu erheben und ein Normenkontrollverfahren durchführen zu lassen.

Einkaufszentrum im G. M. Hütter Steinbruch?

Nach dem zugunsten des Geschäftslebens durchgeführten Ausbau der Hindenburgstraße ein Einkaufszentrum im Steinbruch anzusiedeln, hieße die neugewonnene Attraktivität der altansässigen Geschäfte wieder zu verspielen. Die Ansiedlung neuer Supermärkte hat schon früher ein vielfaches Sterben der arbeitsplatzintensiveren kleineren Betriebe nach sich ge-

zogen. Im übrigen wird der Erlös aus dem Grundstücksverkauf bei weitem nicht die Kosten für die Neuansiedlung des städtischen Bauhofs in der Osterheide decken. Alles in allem dürfte der Neubau mind. 2,5 Mill. DM kosten. Der Vorschlag der UWG, den Bauhof im Steinbruch - wenn auch unter unbefriedigenden Bedingungen - zu belassen und das neue Grundstück in der Osterheide zu verpachten/zu verkaufen, würde der Stadt mind. 2 Mill. DM ersparen, abgesehen von einem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen in der Hindenburgstr. durch den neuen Supermarkt. Im übrigen darf man sehr gespannt sein auf den Betreiber des Supermarktes: Die Herms-Gruppe, die die Stadt schon vor Jahren den Alt-Gmhütter Bürgern aufzuschwatzen versuchte, ist mittlerweile in "gravierenden finanziellen Schwierigkeiten" Bürgern aufzuschwatzen versuchte, ist laut Frankfurter Rundschau vom 15.7.83 mittlerweile "gravierenden finanziellen Schwierigkeiten" ...

Düteausbau in Dröper und Sutthausen

Nach Informationen aus dem Verband U96, der für die Unterhaltung der Düte zuständig ist, sollen im gesamten Verlauf der Düte die Böschungen schräg angezogen werden, um sie z.B. leichter mähen zu können. Im Verlaufe dieser Maßnahme wird das bestehende Steilufer einfach abgebaggert einschließlich dem darauf befindlichen tierischen und pflanzlichen Leben. Zu der finanziell sehr aufwendigen Maßnahme schießt die Stadt G. M. Hütte jährlich 156.000 DM bei.

Dabei wäre alles doch viel einfacher: Würde man zumindestens an einer Uferseite die Böschung mit Erlen bepflanzen, würde das Wurzelwerk binnen weniger Jahre die Ufer derartig durchwurzeln, daß Erdabbrüche nur noch schwer möglich wären. Die Beschattung der Bäume würde das Zuwachsen des Flussbettes verhindern, so daß Mähen nicht mehr erforderlich wäre und Entfallen von Fäulnisprozessen den Sauerstoffgehalt des Wassers wieder ansteigen lassen würde. Es könnte sogar durchaus auch die zweite Uferseite bepflanzt werden, da das zukünftig durch Bodenversiegelung mehranfallende Wasser ohnehin durch den Bau von Regenrückhaltebecken zurückgehalten werden muß.

Diese und ähnliche Fragen sollten eigentlich in einem Gespräch mit allen Gmhütter Düteanliegern diskutiert werden, das im Frühjahr geplante Gespräch wurde leider von der Verwaltung bisher noch nicht organisiert.

Verlegung von Galen Straße
Holzhausen/Malbergen

In einem sehr schlechten Zustand befindet sich zur Zeit die von Galen-Straße zwischen Dübbrücke und Bauer Plate. Vor allem in Gefahr sind hier die radfahrenden Schulkinder wegen des fehlenden Radweges. Der gültige Flächen-nutzungsplan sieht eine Verlegung der Straße von der Dübbrücke bis Baller und von dort eine gerade Weiterführung auf die Straße "Auf der Masch" bis etwa zur Einmündung "Hinterm Schlohe" vor.

Die UWG hält diese Umlegung wegen des hohen Landverbrauchs (u.a. wird ein Vollenwerbsbetrieb durchschnitten), den damit verbundenen hohen Grunderwerbskosten und der mangelnden verkehrlichen Notwendigkeit für nicht vertretbar. Die UWG schlägt vor, ab der Dübbrücke die alte Trasse auszubauen und einen davon getrennten Rad/Fußweg an der nördlichen Seite anzulegen. Um die Verkehrsbelastung am Hof Plate abzumildern, könnte man die Straße um etwa 10m vom Hof verschwenken. Der Gefahrenpunkt mit der Eisenbahnkreuzung würde dadurch gleichzeitig entschärft. Es scheint so, daß hauptsächlich ein Argument gegen den UWG-Vorschlag spricht: Wenn es eine großzügig ausgebaute und verlegte Verbindung zwischen der Suthauser Straße K 301 und der B 51 gibt, erhält die neue Straße überörtlichen Charakter und wird nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit 60% bezuschußt. Als Teil dieser Strecke hat die Stadt bereits für den Bau der Niedersachsenstraße diese Zuschüsse vereinbart. Wenn G.M. Hütte also die bereits erhaltenen Mittel nicht zurückzahlen will, muß man nach den Argumenten der Befürworter die Weiterverlegung durch Malbergen schon durchziehen - gegen alle straßenbauliche Vermunft. Aber nicht nur das: Würde Gmhütte auf den Weiterbau von Baller Richtung "Hinterm Schlohe" verzichten und auf der alten Trasse der von Galen-Str. ausbauen, könnte die öffentliche Hand bis 1990 mindestens 3,5 Mill. DM sparen.

Was ist nun eigentlich mit der Verkehrsberuhigung.

das fragen sich derzeit viele G. M. Hütter Bürger insbesondere im Loh, an der Kreuzstraße, an der Oeseder Straße sowie an Rot-

liegern bezahlt werden soll, die denselben überhaupt nicht produzieren. Damit noch in diesem Jahr mit der Realisierung begonnen werden kann, hat die UWG den Punkt "Verkehrsberuhigung Kiewitzscheide" auf die Tagesordnung der Bauausschußsitzung zu setzen gebeten.

Heinrich Bartelt

Klausurwochenende der UWG

Ein ganzes Wochenende dauerte die letzte Mitgliederversammlung der UWG, auf der die Initiativen für das kommende Halbjahr vorbereitet werden sollten. Einiges davon kann schon verraten werden: Ausführlich diskutiert wurden die Vorschläge der Jungen Union (JU) zum Thema Bürgermähe. Die UWG unterstützt insbesondere die Forderung nach Einführung einer Bürgerfragestunde in Zusammenhang mit den öffentlichen Ratssitzungen, von Sprechstunden des Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden sowie die frühzeitige Information durch die Verwaltung bei allen größeren Projekten. In diesem Zusammenhang wiederholte die UWG ihre Forderung nach zuntächst wenigstens provisorischer Einrichtung von Verwaltungsnestellen (Formularräume) in vier Ortsteilen. Die UWG möchte ebenfalls auf die JU zugehen mit der Frage, wie man das durch die entwicklungspolitische Woche gezeigte Engagement dauerhaft in die Kommunalpolitik einbinden könnte.

Nachrüstungsdiskussion ohne CDU

Eine "Friedensinitiative der CDU" und "10.000 Friedenstag" hat der Generalsekretär der Christdemokraten, Heiner Geißler, vor ein paar Wochen angekündigt. In G. M. Hütte, so scheint es zumindest, ist die CDU zu einer Diskussion ihrer Vorstellungen zu Frieden und Friedenssicherung aber noch nicht bereit.

Was ist passiert? Die Initiative "Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte" hatte zum 1. September zu einer Podiumsdiskussion einge-

laden. Unter der Leitung von Pastor Hilmar Menke (Alt Gmhütte) sollten zwei Vertreter der Initiative mit je einem Vertreter der CDU und Jungen Union über das Thema "Nachrüstung im Herbst - was dann?" diskutieren; auf ausdrücklichen Wunsch des CDU-Vorsitzenden König wurde schließlich zusätzlich noch ein Vertreter der SPD eingeladen.

Wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung erhielt die Initiative dann aber einen Brief von CDU-Chef König, in dem die Teilnahme an der Diskussion abgesagt wurde. Diese Absage wurde in fünf Punkten erläutert, u.a. hielt die CDU das Thema für zu unpräzise formuliert und das Podium für unausgewogen besetzt; daneben wurden vorwiegend formale Mängel in der Vorbereitung der Diskussion genannt.

Das Thema "Frieden" ist der Initiative nun aber zu wichtig, als daß man nach dieser Absage auf alle weiteren Gespräche mit der CDU verzichten will. Gewisse formale Fehler bei der Einladung der CDU-Vertreter sind der Initiative nach eigenem Einverständnis auch tatsächlich unterlaufen - vielleicht ist die Absage ja auch nur die Folge von Mißverständnissen. Die Initiative wird sich daher in den nächsten Wochen weiter darum bemühen, mit der CDU über das Thema "Nachrüstung" zu diskutieren. Wenn es den Christdemokraten ernst ist mit der von Heiner Geißler angekündigten "Friedensoffensive", wenn sie darunter ehrliche Diskussion mit Rüstungsgegnern und nicht nur Propaganda verstehen, dann müßte eine solche Diskussion - z. B. im Oktober - doch eigentlich noch zustande kommen.

Reinhold Thiede

Baumfrevler...

Am 16.6.83 beklagte sich die Stadtverwaltung in der NOZ über "Baumfrevler", die am Schauerroth sechs Plantanen abgebrochen hatten. Die UWG verurteilt diese unverständliche Aktion aufs schärfste. Man muß sich aber fragen, mit welchem Beispiel die Stadt selbst vorangeht, wenn sie ohne Ratsbeschluß unnötigerweise Grünbewuchs beseitigt - so geschehen am Hospitalweg: Obwohl zwei schöne große Birken vor dem Krankenhaus-
eingang bereits neu durch Kantensteine eingefaßt waren, wurden sie von der Verwaltung eigenmächtig beseitigt - ebenso die Hecke zum Kasinogarten.

Waldsterben auch in G. M. Hütte

Erschüttert zeigte sich Prof. Gussone von der forstlichen Landesversuchsanstalt Göttingen über das Ausmaß der Schäden im Teutoburger Wald bei Iburg und G. M. Hütte. Die schweren Schäden am Dörenberg (331m) erreichen das gleiche Ausmaß wie im Harz bei 500 m. Das Tempo der Schadensausdehnung nimmt ständig zu. Hauptverursacher sind Schwefelsäure, Stickstoffe und Schwermetalle, hier besonders stark das Cadmium. Jeder einzelne trägt durch seinen Strom-, Öl- und Benzinverbrauch dazu bei, daß die Wälder sterben. Wie lange läßt uns das noch kalt?

Bäume pflanzen - Steuern sparen

Spenden der Bürger an die Gemeinde, die der Pflege, Erhaltung und Neuanpflanzung von Straßenbäumen auf öffentlicher Fläche dienen, können steuerlich begünstigt sein, wenn dadurch einer oder mehrere der in Anlage 7 zu Abschnitt 111 Abs. 1 der Einkommensteuerrichtlinien aufgezählten Zwecke erfüllt wird (z.B. Umwelt-, Naturschutz oder Landschaftspflege). Dies sagt ein an die Oberfinanzdirektionen in Niedersachsen ergangener Erlaß vom 28. Juli 1983.

DIE HÜTTE MUSS BLEIBEN!

Am deutschen Stahlhimmel gibt es seit spätestens einem Jahr sehr dunkle Wolken. Das aufziehende Gewitter hat alle Stahlstandorte beunruhigt. Ein erster schwerer Blitz traf Arbed Saarstahl.

Nach den Gerüchten der letzten Wochen droht nun auch Gmhütte ein schwerer Schlag.

Zur Vorgeschichte: Der Aufbau von Stahlwerken in der Dritten Welt und eine allgemeine Sättigung der Nachfrage in den Industrieländern machten den Stahlabsatz immer schwieriger. Zur Lösung dieser Krise einigte man sich auf eine Beschränkung der Produktionsquoten.

Klar ist also: Die Stahlkapazitäten werden um einen gewissen Satz abgebaut werden (wie dies auch schon in Gmhütte passiert ist). Aber: Es kann nicht angehen, daß einzelne Standorte total zerschlagen und in Arbeitslosenzentren umfunktioniert werden. Wenn schon der Staat hier regulierend eingreift, dann müssen die Lasten auch gleichmäßig verteilt werden. Speziell für Gmhütte muß verhindert werden, daß aus kurzfristigen Konzerninteressen Gmhütter Produktionsquoten teilweise oder gar vollständig nach Bremen verlagert werden.

In Gmhütte wurden in den letzten Jahren bereits 2000 Arbeitsplätze "abgebaut"; weiterhin haben wir mittlerweile ein ökologisch sehr förderungswürdiges Verfahren, Stahl allein aus Schrott herzustellen; ebenso wurden vom Stadtrat die Voraussetzungen zur Nutzung der Abwärme in einem Fernwärmenetz geschaffen. Wenn auch die Emissionsbelastung derzeit noch mehr als unbefriedigend ist, hieran muß weitergearbeitet werden !!